

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 13.11.2017 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heike Kühne

Herr René Haase

Herr Thomas Czesky

Herr Jan Hildebrandt

Frau Evelin Kierschk

Vertretung für Herrn Lars Wendlandt

Sachkundige Einwohner

Frau Heide Igel

Herr Holger Lehmann

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Frau Ilona Petzhold

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Frau Waltraud Kahmann

Herr Johannes Ferdinand

Frau Gudrun Buchmann

Frau Jaqueline Neumann

Herr Guido Kohl

Frau Andrea Mehlis

Frau Anke Felgentreu

Frau A. Sonnenburg (JC TF)

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Wolny

Herr Lars Wendlandt

Verwaltung

Herr Rüdiger Lehmann

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2017
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Auswertung Trägerversammlung Jobcenter TF
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Haushaltssatzung 2018 - Darstellung Haushalt Sozialamt und Gesundheitsamt 5-3329/17-I
- 7.2 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2018 5-3331/17-I
- 7.3 Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für das 1. Halbjahr 2018 5-3340/17-I

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Böttcher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Zu der mit der Einladung übergebenen Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen bzw. Veränderungen. Sie gilt damit als bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2017

Die Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2017 wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Zu diesem TOP liegen keine Anfragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Zu diesem TOP liegen keine Anfragen vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske informiert über geplante Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich der Kreisverwaltung. Diese tragen zur Bürgerfreundlichkeit und Arbeitssicherheit bei. Neben dem Empfangstresen im Foyer wird es unmittelbar neben dem Wartebereich der Ausländerbehörde einen zusätzlichen Empfangstresen geben.

Herr H. Lehmann bittet um Informationen zur Neuvergabe der Trägerschaft ÜWH Jüterbog, Waldauer Weg.

Frau Gurske antwortet, dass seit dem 01.11.2017 die AWO Träger des ÜWH Waldauer Weg ist. Die Vertragslaufzeit beträgt zunächst ein Jahr mit Verlängerungsoption. Dies ist eine kommunale Immobilie und somit kostengünstiger als ein Mietobjekt.

TOP 6

Auswertung Trägerversammlung Jobcenter TF

Frau Sonnenburg berichtet von den Themen der Trägerversammlung JC.

Der Arbeitsmarkt hat sich weiterhin positiv entwickelt. Im Oktober 2017 lag die Arbeitslosenquote bei 4,9 %. Aktuell sind noch 4.478 Kunden arbeitslos gemeldet. Das sind 892 weniger als im Oktober 2016. Dem gegenüber ist ein Anstieg der gemeldeten freien Stellen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr sind 677 Stellen mehr gemeldet. Insgesamt beträgt der Bestand an Arbeitsstellen 2.380. Es besteht weiterhin ein hoher Bedarf an Fach- und Arbeitskräften.

Die Ergebnisse des JC in der Zielerreichung sind sehr gut. Die Zielindikatoren werden überwiegend erreicht. Es gibt eine kleine Zielverfehlung von 14 Personen bei den Integrationen ohne Asylhintergrund.

Weiterhin gibt es eine positive Entwicklung bei den lokalen Zielen und zwar die Senkung der Kosten der Unterkunft durch Ertragserhöhung bei der Rückführung kommunaler Darlehen.

Als Ziel war vereinbart, dass 85 % der ausgereichten Darlehen zurückgeführt werden. Dieses Ziel konnte seit Mai erreicht werden. Das bedeutet, derzeit werden weniger Ausgaben für Darlehen ausgereicht als Tilgungseinnahmen zurückfließen.

Seit Januar 2017 sind 186 Menschen mit dem Fluchtcontext Asyl in das JC TF gewechselt. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 447 Menschen. Es gibt einen relativ festen Bestand, mit dem intensiv gearbeitet wird. Die Schwerpunkte sind nach wie vor Integrationskurse, Sprachkurse, weiterführende berufsorientierende Sprachkurse und dann möglichst auch eine Integration in den Arbeitsmarkt.

Die größte Gruppe der Menschen sind nach wie vor die 25- bis unter 55jährigen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Personenkreis steigt kontinuierlich seit Jahresbeginn. Es gelingt zunehmend mehr Menschen mit Fluchthintergrund zu integrieren.

Zur Jugendberufsagentur berichtet sie, dass diese 2016 an den Start gegangen ist. Im Jahr 2017 konnten deutlich mehr Bewerber gewonnen werden. Es sind 1.138. Das sind 12,7 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Das zeigt, es konnten mehr Jugendliche erreicht und beraten

werden. Auch die Anzahl der Ausbildungsstellen sind im gleichen Maße im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (12,7 %). Seit Oktober 2016 sind 1.308 Ausbildungsstellen gemeldet. Die Ausbildungsbetriebe erkennen, dass sie perspektivisch etwas tun müssen, um Fachkräfte zu entwickeln und auszubilden.

Zum Ende des Ausbildungsjahres gab es nur noch 190 unbesetzte Ausbildungsstellen. Arbeitgeber ziehen zum Teil auch ihre Ausbildungsplätze aus den verschiedensten Gründen zurück.

Insgesamt gibt es ein positives Feedback von den Führungskräften in der JBA, dass die Zusammenarbeit der Träger (Jugendhilfe, JC, BA) sich immer weiter verbessert. Es werden viele gemeinsame Aktionen gestartet, es gibt immer mehr Tandemberatungen auch zu Leistungen des SGB VIII und auch in enger Zusammenarbeit mit der IHK und der HBK.

Herr Hildebrandt fragt, ob zu erkennen ist, dass Arbeitgeber Flüchtlinge nur über den Zeitraum einer Förderung beschäftigen?

Frau Sonnenburg kann dies nicht bestätigen.

TOP 7 **Beschlussvorlagen**

TOP 7.1 **Haushaltssatzung 2018 - Darstellung Haushalt Sozialamt und Gesundheitsamt (5-3329/17-I)**

Herr Ferdinand erläutert die Haushaltplanung 2018 für den Landkreis Teltow-Fläming. Die Power-Point dazu ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Hildebrandt fragt nach, wie er als Kreistagsabgeordneter und Gemeindevertreter seiner Kommune erklären soll, dass die Kreisumlage nur mit 0,5 % gesenkt wird, obwohl auf der anderen Seite die Steuereinnahmen ansehnlich gestiegen sind?

Herr Ferdinand verweist in seiner Antwort auf die Projekte, die im Jahr 2018 zu Gunsten der Kommunen umgesetzt werden sollen. Von der Realisierung des Plusbusses sowie dem Schulkostenbeitrag wird auch die Gemeinde Rangsdorf profitieren. Es werden zusätzliche Schulkostenbeitragsersatzungen erwartet. Dieser Schulkostenbeitrag wird für Investitionen in Schule und Bildung herangezogen werden. Für den Ausbau des Breitbandes sind erhebliche Beträge in den kommenden Jahren zu investieren, um die flächendeckende gleichmäßige Versorgung zu gewährleisten.

Frau Igel stellt fest, dass die bereits geringe Summe für die Frauenhäuser nochmals gekürzt wurde sowie im gesamten Sozialhaushalt eingespart worden ist. Sie bittet zu prüfen, ob diese Streichungen wirklich notwendig und vertretbar sind!

Frau Gurske erklärt dazu, dass durch den Kämmerer eine pauschale Kürzung in allen Konten verfügt wurde, um die Senkung der Kreisumlage von 0,5 % realisieren zu können. Mit der HH-Durchführung gibt es den Auftrag, dass dann in den Fachhaushalten auszusteuern. Derzeit sind Sachverhalte gekürzt worden, die in der Umsetzung dann nicht dieser Kürzung unterliegen können. Das betrifft u.a. auch Mitgliedsbeiträge, die Abgeordnetenentschädigung etc.

Herr Czesky fragt, was vom Landkreis gegenüber dem Land unternommen wird zum aufgezeigten Fehlbetrag in Höhe von 82 Mio €?

Herr Ferdinand antwortet, für eine auskömmliche Finanzierung im Produktbereich 3 fehlen 82 Mio €. Das Land sagt, für die Aufgaben, die zuletzt übertragen wurden, ist eine 100 %ige Konnexität gewährleistet.

Bei Aufgaben die vor längerer Zeit bereits übertragen wurden ist eine Pauschale eingestellt, die fortgeschrieben wird.

Alles Weitere wäre vor dem Verwaltungsgericht zu erstreiten. Diese Verfahren sind sehr kostenträchtig und werden nur bei Erfolgsaussichten geführt.

Herr Czesky betont, dass das auch eine politische Frage ist. Das Problem haben sicher alle Landkreise im Land Brandenburg. D.h. alle Landräte müssen das gemeinsam mit der Landesregierung besprechen und die Mittel einfordern.

Frau Kahmann gibt einen Einstieg in die steuerungsrelevanten Leistungsbereiche innerhalb der Produkte des Sozialamtes.

Durch die vorgenommenen Kürzungen des Kämmers und die gleichbleibenden Fallzahlen sind in einigen Bereichen Einsparungen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Jahr 2017 ist in der Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eine Einsparung von 4.042.740,00 € zu erkennen. In den Haushalt des Sozialamtes fließen viele Landesmittel ein, d.h. für viele Aufgaben erfolgt eine Erstattung vom Land, aber nicht immer zu 100 %. In der Eingliederungshilfe und Pflege beträgt die Erstattung 85 % und in Höhe von 15 % sind Eigenanteile zu bringen.

Im kommenden Jahr wird sich das noch verändern, da von Seiten des Landes die ambulanten Angebote in die Waagschale gelegt werden. Im Landesausführungsgesetz ist die prozentuale Verteilung der ambulanten und stationären Angebote festgeschrieben.

Sie appelliert an die Landesabgeordneten sich bei der Verabschiedung des neuen Ausführungsgesetzes dafür stark zu machen, dass die Quotienten nicht zu Lasten der Landkreise gehen.

Frau Neumann, Frau Buchmann und Herr Kohl stellen ihre einzelnen Bereiche des HH-Planes vor. Die Power-Point ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Haase bittet um eine Erklärung zu den zusätzlich geplanten 9 VbE im Bereich Eingliederungshilfe, da im Vergleich die Fallzahlen nicht gravierend gestiegen sind?

Frau Buchmann antwortet, dass der Personalzuwachs auf eine Organisationsüberprüfung mit Zahlen aus 2016 basiert. Anhand der mittleren Bearbeitungszeiten, die als Berechnungsgrundlage vorgegeben sind, wurde danach ein Stellenzuwachs von 14 VbE errechnet. Von Seiten des Sozialamtes sind 9 VbE beantragt worden, um den Arbeitsaufwand hinsichtlich Hilfebedarfsermittlung, Hilfebedarfsplanung usw. erfüllen und den Neuerungen hinsichtlich des BTHG entsprechen zu können.

Des Weiteren fragt er nach den Mitteln für die Seniorenarbeit und dem exorbitanten Anstieg in der Jugendhilfe gegenüber den anderen Bundesländern.

Frau Kahmann erklärt, dass auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung der Seniorenarbeit in den Kommunen aus dem Jahr 2012 die Mittel in Höhe von 25 T€ für die Seniorenarbeit in den HH-Plan aufgenommen wurden. Diese Richtlinie wurde zum damaligen Zeitpunkt durch den Kreistag beschlossen. Entsprechend der über 65jährigen Einwohner in den Kommunen und dem Amt Dahme erfolgt die Verteilung der Gesamtsumme.

In den vergangenen Jahren gab es die Förderung der Kommunen aus den MBS-Mitteln. Diese Verfahrensweise ist vom MdF als Sparkassenaufsicht in Frage gestellt worden. Somit entschloss sich die Verwaltung, die Richtlinie zur Förderung der Seniorenarbeit, die nicht außer Kraft gesetzt wurde, wieder in Anwendung zu bringen.

Frau Gurske ergänzt, dass es zur Unterstützung der Seniorenarbeit kritische Nachfragen und auch Hinweise von Seiten der Bürgermeister/Amtsdiplomator gab. Der Landkreis sieht sich hier in der Pflicht, in allen Kommunen, unabhängig von der jeweiligen HH-Situation, seniorenpolitische Höhepunkte zu fördern.

Zu den hohen Ausgaben im Jugendamt erklärt sie, dass einer der Kostentreiber die Hilfen zur Erziehung ist. Dort gibt es einen erwarteten Aufwuchs von bis zu 4 Mio. €. Aufgrund der Auflagen durch die Kämmerei sind im Haushalt erst einmal nur 3 Mio. € eingeplant.

Auf die Fallentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung hat die Kreisverwaltung keinen Einfluss. Wenn der Bedarf bei einem Kind/Jugendlichen besteht, ist dieser als Einzelfallhilfe zu gewährleisten. Eine Heimunterbringung für ein Jahr/Fall ohne therapeutische Zusatzleistung kostet im Durchschnitt 50 T€. Kommen therapeutische Angebote noch dazu, fallen Kosten in Höhe von 75 T€ an. 10 Fälle können dann zu einer Steigerung von 750 T€ führen.

Des Weiteren trägt zur Kostensteigerung bei, dass die Zahl der Kindeswohlgefährdungen mit akutem Handlungsbedarf gestiegen ist. Die Sensibilität in der Bevölkerung hat zugenommen und auch die Öffentlichkeitsarbeit hat dazu beigetragen, dass mehr darauf geachtet wird, wo Kinder in einer schwierigen Lebenssituation sind und Unterstützung bedürfen.

Der dritte Punkt im Bereich des Jugendamtes, der zur Kostendynamisierung beiträgt, ist der Kita-Bereich. Dort gibt es deutliche Zuwächse. Grund dafür ist die bessere Konjunktur. Dadurch arbeiten mehr Eltern auch in Vollzeit. Damit steigen die Stundenanteile der Versorgung der Kinder und von Seiten des Landes gibt es nur eine 50 %ige Kostendeckung.

Der Teil des Haushaltplanes Gesundheit wird von Frau Gurske vorgestellt. Die Power-Point ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Böttcher stellt die Vorlage zur Abstimmung und die Empfehlung an den Kreistag der vorliegenden Haushaltssatzung 2018 für die Bereiche Gesundheit und Soziales zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

TOP 7.2

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2018 (5-3331/17-I)

Auf der Prioritätenliste sind keine Maßnahmen des Sozialamtes.

Die Investitionen des Gesundheitsamtes sind unter TOP 7.1 in der Power Point dargestellt worden.

Frau Böttcher stellt die Vorlage zur Abstimmung mit der Empfehlung für den Kreistag der vorliegenden Prioritätenliste zu zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 7.3

Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für das 1. Halbjahr 2018 (5-3340/17-I)

Frau Böttcher eröffnet die Diskussion für die Anträge die den Ausschuss Gesundheit und Soziales tangieren.

Herr H. Lehmann äußert zum Antrag MBS 4/2018 – Fortsetzung des Modellprojekts Zugang zum Wohnungsmarkt für Flüchtlinge – dass dieser im letzten Jahr erstmalig als Modellprojekt gefördert wurde. Ziel und Inhalt war es, Wohngemeinschaften für alleinreisende Flüchtlinge im Raum Ludwigsfelde zu schaffen. Momentan werden Wohnungen angemietet, die dann an Familien weitervermietet werden sollen. Das war nicht das Ansinnen des Modellprojektes. Bei einer weiteren Förderung sollte darauf geachtet werden, dass es wirklich um die Schaffung von Wohngemeinschaften für alleinreisende Flüchtlinge geht. Er fragt, ob im vergangenen Jahr Wohngemeinschaften geschaffen wurden?

Frau Gurske antwortet, dass ihr die Zahl der Wohngemeinschaften nicht bekannt ist.

Die Grundidee des Verein SoLBra e.V. sollte mit der Förderung unterstützt werden. Diese war, dass der Verein erst einmal als Mieter auftritt und somit die Vermieter einen deutschsprachigen Ansprechpartner und Adressaten für möglicherweise auftretende Konflikte haben.

Die Wohnung sollte nicht nur angemietet, sondern anfangs vor Ort auch begleitet werden. Mit der neuen Antragstellung ist eine höhere Summe beantragt worden. Diese sollte man mit deutlicheren Zielformulierungen verbinden.

Sie schlägt vor, den Träger in den Ausschuss einzuladen und von seinen Ergebnissen und seiner Arbeit berichten zu lassen. Zielstellung des Vereins sollte es sein, sich auf die Familien oder Einzelpersonen zu konzentrieren, wo auch von Seiten der Sozialarbeiter Schwierigkeiten gesehen werden.

Für den neuen Förderzeitraum könnte als Zielstellung dem Träger vorgegeben werden, dem Landkreis Unterstützung beim Leerzug der Einrichtung Kastanienweg in Ludwigsfelde zu geben. In der Einrichtung wohnen neben den Flüchtlingen eine ganze Reihe von SGB II-Beziehern.

Frau Böttcher unterstützt den Vorschlag, dass der Träger im Ausschuss über seine Arbeit berichtet. Dies sollte generell in die Themenplanung des Ausschusses einfließen, dass sich Projektträger vorstellen.

Herr H. Lehmann bringt noch einmal seine Bedenken gegenüber dem Träger zum Ausdruck. Was wird mit evtl. nicht bezahlten Betriebskostenabrechnungen u.d.gl. Es wird bewusst ein Generalmieter zwischengeschaltet, was für die Wohnungsanbieter sehr lukrativ ist. Im Raum Ludwigsfelde gibt es viele Akteure, die alle auf die gleichen Wohnungsanbieter zugehen und Familien mit Wohnraum versorgen wollen. Ein echter Bedarf besteht bei WGs für Alleinstehende.

Frau Igel fragt zum Antrag MBS 11/2018 – Dampferfahrt der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft Potsdam - warum eine Dampferfahrt gefördert werden muss?

Frau Kahmann erklärt, es geht dabei um die Teilnahme an der Dampferfahrt. D.h. es geht um die An- und Abreise für Rollstuhlfahrer zur Dampferanlegestelle. Organisator dieser Fahrt ist die deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Potsdam. Die An- und Abreise ist eigenverantwortlich zu organisieren. Um die Teilnahme zu ermöglichen, wurde von Seiten des Sozialamtes die Empfehlung zur Unterstützung ausgesprochen.

Frau Kühne fragt nach der unterschiedlichen prozentualen Förderung.

Frau Gurske erläutert, dass im Bereich Soziales ein Eigenanteil nicht zwingend vorhanden sein muss. Bei den Bereichen Sport und Kultur liegt eine kreisliche Richtlinie vor, die diesen Eigenanteil vorgibt. Aufgrund der Vielzahl der Anträge, die es im Sportbereich gibt, und der Höhe der Anträge aus dem Kulturbereich ist dies erforderlich.

Im vergangenen Jahr wurde es im Bereich Soziales so gehandhabt, dass bei mehreren Anträgen vom gleichen Antragsteller nicht alle befürwortet wurden, um ein möglichst breites Spektrum von Antragstellern abzusichern.

Herr H. Lehmann fragt zum Antrag MBS 19/2018 – Grüne Begegnungsstätte - was sich dahinter verbirgt?

Frau Gurske erklärt, dieses Angebot hat sich aus der Kleiderkammer der GAG entwickelt. Inzwischen ist dieses Angebot ein Anlauf- und Beratungspunkt für Flüchtlinge aber auch für Bedürftige deutsche Bürger.

Frau Kierschk fragt nach dem Verfahren der Antragstellung für das 2. HJ 2018?

Frau Gurske antwortet, bis zum 15.03.2018 können die Anträge gestellt werden. Das Antragsformular ist auf den Internetseiten des Landkreises zu finden.

Frau Böttcher stellt die Vorlage zur Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Kahmann bittet die Mitglieder des Ausschusses Themenvorschläge für den Arbeitsplan 2018 einzureichen.

Frau Böttcher beendet die Sitzung.

Luckenwalde, d. 07.12.2017

.....
Ausschussvorsitzende

.....
Protokollführerin